

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Voraussichtliche Friedensunterschrift. - Weitere Verhandlungen verpfuscht. Spaltung in den Regierungsparteien. - Rücktritt der Reichsminister.

Der Trauerfriede.

Wie sich die Lage über Nacht entwickelt hat, wird Deutschland keine andere Wahl haben, als das Ultimatum des Viererbandes zu unterschreiben. Unsere Regierungsstellen haben die Befürchtung geäußert, das deutsche Volk sei nicht in der moralischen Eignung, weiteren Widerstand zu leisten. Daran ist gewiß etwas Wahres, wenn man die Geistesverfassung des Volksganzen ins Auge faßt und nicht nur auf die einzelnen Volksteile sieht, die sich in den un-abgeänderten traurigen Frieden nicht ergeben wollen. Aber ebenso richtig ist der Vorwurf, daß in der Reichsleitung die Einmütigkeit gefehlt hat, von der allein noch eine Besserung der Bedingungen zu erwarten war. Verzagt hat waltete vor und nicht einmal ein bemerkenswertes Talent im politischen „Kuhhandel“ mit dem Feind kann denen nachgerühmt werden, die jetzt die Segel streichen. Denn selbst wenn es noch gelingt, irgend eine milde Klause bei der Unterschrift anzubringen, unsere Gegner sind in der guten Lage, ihren Willern zu sagen: Seht euch dieses unmeine Deutschland an, habt noch eine kurze Geduld, laßt uns unsere Vollmacht, und wir liefern euch die Deutschen gebunden an Händen und Füßen!

Was nach dem Rücktritt der Regierung kommen soll, ist nicht abzusehen. Eine neue Regierungsmehrheit etwa auf Grund der Friedensannahme läßt sich nicht bilden, weil die Parteien selber, besonders das Zentrum und die Mehrheitssozialdemokratie, uneins in sich sind. Die Anhänger der Unterschrift dagegen werden mit der Unabhängigen Sozialdemokratie gemeinsam das Schicksal Deutschlands nicht in die Hand nehmen wollen, ganz abgesehen davon, daß die Unabhängigen für eine solche Teilung der Macht nicht zu haben wären. Die Rechte aber, die immer noch geschlossen gegen die Unterschrift zu sein scheint, obwohl es ja auch bei ihr abdrückt (siehe die „Völkische Zeitung“), die Rechte ist zu schwach, um die Regierung zu übernehmen. Die Deutsche demokratische Partei hat das Zentrumskompromiß (mit ein paar Abschwägungen des Vertrages die Unterschrift zu geben), angenommen und etwas verbessert. Dieser Weg wäre gangbar gewesen, wenn nicht mittlerweile die Unzulänglichkeit offensichtlich sich aufgedrückt hätte, so daß die gegenwärtigen Weltmachtgeber sich auf ihren Richterscheiteln beruhigt festsetzen und das Weitere abwarten können. Die Umbildung der Regierung wird sich erst deutlicher erkennen lassen, sobald die Volkswertretung gesprochen hat. Vermutlich werden sich im Zentrum und in der Mehrheitssozialdemokratie die andersdenkenden Minderheiten dem Beschluß fügen, den die Mehrheiten dieser Parteien gefaßt haben. Möglicherweise muß sich dann auch die Deutsche demokratische Partei aus Rücksicht auf die sonstigen politischen Erfordernisse den Tatsachen beugen und im Regierungsbündnis bleiben, so es auch unter dem Vorbehalt, mit der überreichten Zustimmung zu dem Friedensvertrag nicht belastet zu sein.

Unser armer Osten geht in die schwerste Zukunft hinein, wenn sich nicht wieder Erwarren noch heute oder morgen das Blatt wendet. Ob unter solchen Umständen Ostdeutschland den Entschluß zu bewaffnetem Widerstand fassen kann und darf, ist nunmehr ebenfalls zweifelhaft geworden. Verläßt uns das Reich, so hätten wir bei einem Sonderkrieg kaum eine andere Aussicht als die auf nutzlose neue schwere Opfer und schließlichem Mißerfolg.

Die Dinge stehen schlimm. Wer sich noch eine Hoffnung bewahren will, kann auf nichts Weiteres vertrauen, als daß im Laufe der Zeit die unmöglichen Friedensbestimmungen nicht aufrechterhalten bleiben. Vielleicht kommen wir im Frieden selbst erst, der ja das höchste menschliche Gut ist, soweit wieder zur Selbstbestimmung und Kräftigung, daß wir die deutsche Freiheit neu aufzurichten vermögen.

land vorbereitet und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Territorium ihrer Nachbarn getroffen, endlich, da ihre Vorbereitungen beendet waren, den Krieg entfesselt haben.

Man fragt sich, wie es nur möglich ist, in einem ernsthaften Staatsdokument solche Phantazien dem Leser vorzuführen. Ist es denkbar, daß die leitenden Staatsmänner der Entente dieses Gesichtsmärchen selber glauben? Man wird sich zu dieser Annahme nur schwer entschließen können. Sollte es aber wirklich so sein, dann läge hier ein neuer Beweis vor für die bis zur vollkommenen Unzurechnungsfähigkeit gesteigerte geistige Verwirrung, die der Krieg angerichtet hat. Die seelische Ertränkung, die wir bei unserem eigenen Volke beklagen, geht durch die ganze Welt und äußert sich in den verschiedensten Formen. Wenn die feindlichen Staatsmänner aber, was man zugunsten ihrer geistigen Gesundheit annehmen möchte, hier ein Schaueremalbe deutscher Politik entwerfen, an das sie selbst nicht glauben, so ist kein Wort der moralischen Beurteilung stark genug.

Diese Begründung des „gerechten“ Friedens der Entente sollte übrigens doch auch diejenigen unserer Vandalen bekehren, die von uns das unbegrenzte Schuldbekenntnis fordern und damit Vertrauen auf der Gegenseite zu erwerben hoffen. Das ist ganz einseitig im Sinne gewisser Ideologen gedacht. Die Staatsmänner der Entente würden fast und hart ein solches Schuldbekenntnis nur als eine weitere Stufe für ihre Auffassung und für die daraus resultierenden praktischen Folgerungen benutzen. Wer daran noch zweifelt, dem ist nicht zu helfen; er unterliegt einem ins Krautbaste gesteigerten Selbstbegünstigungs- und Hühlerbrang.

Aus dem zweiten Teil der Note ergibt sich, daß in den Fragen der Gebietsabtretungen nur ein einziges Zugeständnis von erheblicher gemacht wird: die Volksabstimmung in Oberschlesien. An der Abtretung westpreussischer Gebiete und der Bildung des Freistaates Danzig, sowie an der Beibehaltung des angelegten kaniatischen Gebietes von Memel wird nichts geändert. Zur Begründung werden einige erstaunliche Behauptungen aufgestellt: die Polen sollen „auf dem ganzen nach der Küste führenden Weg“ in der Majorität sein, und der Verkehr zwischen Westpreußen und Ostpreußen, die jetzt territorial von einander getrennt werden, soll sich „immer in erster Linie über See abwickeln“. Im Friedensauschuß der Nationalversammlung gab es bitteres Hochklagen bei Verlesung dieser Sätze. Es wird die Abtretung dieser Teile Westpreußens wieder mit dem Anspruch Polens, „einen freien Zugang zum Meere“ zu erhalten, begründet, obwohl es nachher in der Begründung der Internationalisierung deutscher Flüsse anerkannt wird, daß damit die im Innern des Kontinents liegenden Staaten „einen gesicherten Zugang zum Meere“ erhalten. Für das Saargebiet bleibt alles beim alten. Ueber die Abtretungen an Belgien und Dänemark heißt es nur, daß die Freiheit der Abtretung für die Einwohner voll gewahrt werde. Ob damit Änderungen in den tatsächlich ganz ungenügenden Vorschriften angeht, wird nicht gesagt, steht dahin. Die Forderung, die angeblich „Schuldigen“ auszuliefern, bleibt aufrechterhalten.

In wirtschaftlicher Beziehung bleibt es bei den Maßnahmen, die die „mühsamsten Völker“ eine Zeit lang gegen den deutschen Wettbewerb schützen sollen. Später soll Gleichberechtigung herrschen, aber ein beträchtlicher Teil des deutschen Wohlstandes wird „für viele Jahre dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder gut zu machen, die Deutschland verursacht hat“. Doch haben die Mächte, um ihre Absichten klarer zu stellen, „eine Anzahl der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages verändert“. Um verstehen zu können, ob diese Änderungen von Bedeutung sind, muß man den Wortlaut abwarten und genau studieren. Die Wiedergutmachungs-Kommission soll sich keineswegs in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmischen. Es soll auch versucht werden, sich über die Begrenzung der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands auf eine bestimmte Summe zu einigen, aber erst binnen einiger Monate nach Friedensschluß. Im Vertrag selbst soll Deutschland Verpflichtungen von unbestimmter Höhe auf sich nehmen.

Die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wird abgelehnt; aber wenn wir uns gut führen, wird in Aussicht gestellt, „in einer nicht ferneren Zeit den Völkerbund durch Aufnahme Deutschlands zu ergänzen“. Das Organ des Völkerbundes soll auch die Möglichkeit haben, die Regelung des Jahres 1919 selbst von Zeit zu Zeit abzuändern, indem es sich neuen Tatsachen und Verhältnissen, je nachdem sie vorliegen werden, anpaßt“. Mag das auch nur als Köcher gemeint sein, in Wahrheit ist es der schwache Lichtpunkt im ganzen Vertragsentwurf, eine ernsthafte Hoffnung.

Die feindlichen Regierungen versichern, die Vorschläge, die sie jetzt machen, seien ihr „letztres Wort“. Montag laßt die Frist zur Beantwortung ab. Inzwischen müssen Regierung und Volkswertretung sich schlüssig werden. Der Entscheidung hier vorzuarbeiten, wäre vermessend.

Rücktritt der italienischen Regierung.

ROM, 19. Juni. „Reuter“ Infolge Mißtrauensvotums der Kammer ist das italienische Kabinett zurückgetreten.

Wilson in Belgien.

BRÜSSEL, 19. Juni. „Havas“ und „Reuter“ melden aus Brüssel, daß Wilson in der Rede in der Kammer erklärte, um der Würdigung für das tapfer belgische Volk feierlichst Ausdruck zu geben, werde die Vertretung der Vereinigten Staaten in Belgien zur Vorkraft erhoben werden. Amerika werde seine Pflicht bezüglich der Wünsche Belgiens erfüllen, welches bei der Verforgung mit Rohstoffen und Maschinen als erstes Land berücksichtigt werden würde. Zum Völkerbund erklärte Wilson, er sei ein Bund des Rechts. Am Nachmittag fand im Rathaus zu Ehren Wilsons ein feierlicher Empfang statt.

Türkische Entschuldigungen.

B. D. Berlin, 20. Juni. Nach einer Haager Meldung des „B. L.“ haben die türkischen Friedensdelegierten vor der Entente-Konferenz erklärt, daß „der deutsche Admiral die Türken für die Türkei erklärt und dadurch die Türken in den Krieg hineingezogen“ habe. In welcher Eigenschaft die türkische Delegation in Paris anerkannt wird, ist immer noch nicht geklärt. Man nimmt an, lediglich als Sachverständige.

Rücktritt der Regierung.

WEIMAR, 20. Juni, 1.10 Uhr morgens. Das Kabinett ist heute zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weitergeführt, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Zweispalt auch im Staatenauschuß.

WEIMAR, 20. Juni. In der Sitzung des Staatenauschusses, welche am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert stattfand, sprachen sich die süddeutschen Vertreter mit Ausnahme Sachsens für die Unterzeichnung des Vertrages aus. Dilem Standpunkt traten auch einige kleinere norddeutsche Staaten bei. Die preussischen Vertreter sprachen sich für strikte Ablehnung aus, ebenso die Vertreter der Hansestädte. Bemerkenswert war die Haltung der Bayern, die geteilt war. Bei ihrer Stellungnahme spielten faktisch-parlamentarische Strömungen die ausschlaggebende Rolle.

Die Sachverständigen der Reichsregierung gegen die Annahme des Friedensvertrages.

WEIMAR, 19. Juni. Die von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen saßen am Mittwoch den 18. Juni in einer Vorbesprechung über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig einen Beschluß, in dem dargelegt wird, daß die Bedingungen der Entente das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands unterbinden. Zum Schluß heißt es dann: Es ergibt sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die neuen Ententebedingungen zu erfüllen, und einen nicht erfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, verbietet die Achtung vor der Vertragstreue und vor sich selbst.

WEIMAR, 19. Juni. Die finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen, die auch an den Beratungen in Versailles teilgenommen haben, Bentzenberg, Dagen, Hilger, von Staß, Warburg, Cuno, Heinlein, Lüben, Ullrich, Wilsdorf und Wittthöft, sind einstimmig der Ablehnung, daß diese Bedingungen unerschütterlich sind und den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen, müssen. Sie empfehlen daher dem Kabinett, die Friedensbedingungen abzulehnen.

Matthias Erzberger.

WEIMAR, 20. Juni. Aus der gestrigen Verhandlung des Staatenauschusses ist noch zu erwähnen, daß Graf Kanjan in einer längeren Rede die Gründe auseinandersetzte, die seiner Ansicht nach maßgebend seien, den Friedensvertrag abzulehnen. Es war der Reichsminister Erzberger, der dem Grafen Kanjan entgegen trat mit einer Rede, die nach der einstimmigen Mitteilung von Mitgliedern des Staatenauschusses ganz außerordentlich Eindruck machte. Erzberger machte dem Grafen Kanjan den Vorwurf, daß er eine Nationspolitik treibe, ohne feste Faktoren in seine Rechnung einzusetzen, genau wie es beim U-Bootkrieg geschehen sei. Man müsse auf dem Boden der vorhandenen traurigen Tatsache praktische Politik treiben. Die Rede Erzbergers hatte die Wirkung, daß ein großer Teil der Vertreter des Staatenauschusses sich seinen Ausführungen anschloß. Die Vertreter Sachsens sind, wie wir erfahren, für die Unterzeichnung und nicht, wie erst fälschlicherweise gemeldet wurde, dagegen. Der Minister Erzberger hatte übrigens auch in seiner Fraktion den maßgebenden Einfluß auf seine Freunde ausgeübt.

Nachführung der Regierung.

WEIMAR, 19. Juni. Heute abend trat der interfraktionelle Ausschuß der Nationalversammlung im Schloß zu einer Sitzung zusammen. Im Anschluß hieran findet in der Nacht ein Kabinettsrat statt.

WEIMAR, 20. Juni. Die Führer der Parteien waren um 8 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich einig zu werden über die Kompromißformel. Das Zentrum und die Sozialdemokraten sind auf Wunsch der Regierung nochmals in eine Beratung eingetreten, da die Regierung von den Mehrheitsparteien eine ähnliche Erklärung von den Demokraten verlangte, dahingehend, daß, falls die Feinde die Kompromißformel ablehnen, auch die gesamten Bedingungen als abgelehnt zu betrachten seien. Erfolgt diese Erklärung von Zentrum und Sozialdemokratie nicht, so sind das Kabinett und die Friedensdelegation entlassen, zurückzutreten. Sozialdemokratie sowie Zentrum haben dieses abgelehnt. Um 10 Uhr abends wurden die Mitglieder der demokratischen Fraktion zu einer außerordentlichen Fraktionssitzung einberufen. Es handelte sich darum, zu den oben angeführten Kompromißanträgen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Sitzung währte bis gegen 12 Uhr und mußte auf diesem Zeitpunkt abgebrochen werden, da die im Reichsministerium sitzenden Mitglieder in die Kabinettsitzung mußten.

Gegen die Unterzeichnung.

In absolut ablehnendem Sinne äußerten sich in der Kabinettsitzung folgende Minister: Preuß, Dernburg, Kanjan, Landsberg, Gothein, Giesberts.

Die demokratische Fraktion legte dem Abgeordneten Freiherrn von Richthofen, wie mehrere Blätter melden, den Austritt aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen Abgeordneten gehört, die für eine glatte Annahme der Bedingungen sind.

Ebert: der ruhende Pol.

Entgegen der gegebenen Gerüchten wird eine solche nur das Ministerium berühren, da es der Sinn des parlamentarischen Systems ist, daß der Präsident unverantwortlich bleibt und der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht ist.

Kompromißformel für die Annahme.

WEIMAR, 20. Juni. Ueber die Vorgänge, die dem Rücktritt des Kabinetts unmittelbar vorausgingen, besonders über die Stellungnahme der Fraktionen der Nationalversammlung bringen die Berliner Morgenblätter ausführliche Telegramme. Man gewinnt aus ihnen folgende Bild: Eine nach mehrstündiger Beratung in der Mehrheitssozialdemokratie vorgenommene Abstimmung ergab 75 Stimmen für Annahme des Vertrages, 39 Stimmen dagegen. 21 Abgeordnete fehlten! Unter denen, die für Ablehnung waren, befanden sich, wie in allen drei Mehrheitsparteien, die Frauen. Inzwischen hatte das Zentrum und die

Des „Codesurteils“ Begründung.

Von Professor Dr. Ludwig Dauthe,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die nächsten Tage werden eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung bringen. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung müssen Stellung nehmen zu den Erklärungen, mit denen die feindlichen Regierungen die deutschen Gegenvorschläge beantwortet haben.

Die „Mantelnote“, die zuerst im Wortlaut vorlag, zerfällt in zwei Teile. In dem einen wird ausgeführt, welcher Verbrechen sich die deutsche Regierung durch die Entfestung des Krieges und durch die Methoden ihrer Kriegführung schuldig gemacht habe, daß der Friede, den die Entente jetzt Deutschland auferlegen wolle, ein wahrer Friede der Gerechtigkeit sei und wie das deutsche Volk, das die Kriegspolitik seiner Regierung dauernd unterstützt und die Revolution erst gemacht habe, als der Krieg offenbar verloren war, nicht beanspruchen könne, dem Folgen seiner Kriegstaten zu entgehen. Der zweite Teil gibt einen Überblick über die Änderungen des ursprünglichen Textes, die zugestanden oder abgelehnt werden.

Der erste Teil der Note bietet ungefähr das Ungeheuerliche an voreingenommenen, einseitigster Gesichtsbildung, das man sich denken kann. Es wird nicht nur behauptet, daß die deutsche Regierung für den Ausbruch des Krieges durch ihre dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien gewährte Unterstützung ausschließlich verantwortlich sei (was auch schon eine sehr einseitige Bewertung der Tatsachen wäre), sondern es wird behauptet, die Absicht sei von Anfang an gewesen, nicht nur Serbien zu demütigen, sondern den Weltkrieg zu entfesseln; um dieses Ziel zu erreichen, seien alle Verdingungsbemühungen zurückgewiesen worden. Und nicht genug damit! Dieses Verbrechen wird hineingestellt in den Zusammenhang einer seit langen Jahren befolgten Politik, deren Ziel es war, Deutschland in Europa die Hegemonie zu sichern und die deutschen Nachbarn in die Lage zu versetzen, „ein geknechtetes Europa ebenso zu beherrschen und zu tyrannisieren, wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben“. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die deutschen Nachbarn des deutschen Volk zur Machtvollkommenheit, unter lignerischen Vorwänden die deutschen Rüstungen entgegen, Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen gesät, innere Unruhen und Revolten im Aus-